

Wahlprüfsteine zur Abgeordnetenhauswahl Berlin 2026

Queerpolitische Vorhaben der Landesparteien

Diese Wahlprüfsteine richten sich an die zur Abgeordnetenhauswahl in Berlin 2026 antretenden Parteien. Ziel ist es, die queerpolitischen Positionen der Parteien transparent, vergleichbar und überprüfbar darzustellen. Wir bitten um konkrete Angaben zu Maßnahmen, Zeitplänen und – sofern möglich – zu finanziellen Mitteln.

1. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, im nächsten Landeshaushalt eine namentlich ausgewiesene, mehrjährige Haushaltslinie für den Berliner LSBTIQ+-Aktionsplan bereitzustellen (bitte Betrag oder prozentualen Anteil nennen), eine beim Senat angesiedelte Queerbeauftragte dauerhaft für die kommende Legislaturperiode zu verankern sowie eine langfristige, mehrjährige Förderung von Beratungs-, Selbsthilfe- und Communitystrukturen für LSBTIQ in allen Berliner Bezirken sicherzustellen?

Angesichts anhaltender gesellschaftlicher Probleme sind eine Queerbeauftragte beim Berliner Senat und in Verbindung damit ein Aktionsplan sehr wichtig, welcher letzterer auch eine Unterstützung der genannten Strukturen in allen Berliner Bezirken einschließt. Das muss nach der Neubildung des Senats sofort geschehen, statt es, wie leider so oft üblich, es erst einmal einer Kommission zu überlassen. Dazu bedarf es auch einer verlässlichen, stabilen Finanzierung, deren erforderliche Höhe wir allerdings nicht beurteilen können.

2. Wie möchte Ihre Partei die Umsetzung des Berliner Landesantidiskriminierungsgesetzes (LADG) und die Landesstrategie für queere Sicherheit und gegen Queerfeindlichkeit konkret stärken?

Da gilt, wie in leider vielen wichtigen Bereichen, schlicht vor allem: Handeln statt reden!

3. Wird sich Ihre Partei für verbindliche Schulungen in Landes- und Bezirkseinrichtungen zur Sensibilisierung für queere Lebensrealitäten einsetzen?

Ja, das ist wichtig, um die Kommunikation zu verbessern und mehr Verständnis dieser Einrichtungen für erforderliche Maßnahmen zu bewirken.

4. Wird sich Ihre Partei für eine verbindliche Verankerung geschlechtlicher und sexueller Vielfalt in den Berliner Lehrplänen sowie für verpflichtende Aus- und Fortbildungen aller pädagogischen Fachkräfte (inklusive freier Schulen) einsetzen?

Ja, die Verankerung in den Lehrplänen wie auch in den Aus- und Fortbildungen ist wichtig für die Einschätzung und Behandlung aller Mitmenschen, darunter Schülerinnen und Schüler, als gleichberechtigt in ihrer auch geschlechtlichen und sexuellen Vielfalt.

5. Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, um die medizinische und psychotherapeutische Versorgung von trans*, inter* und nichtbinären Menschen in Berlin zu verbessern und bestehende Zugangshürden abzubauen (z. B. Koordinationsstellen, Weiterbildungen, Förderprogramme)?

Medizinische und psychotherapeutische Versorgung sind leider ein generelles

Problem in Berlin, wobei bestimmte Gruppen, wie auch trans, inter* und nichtbinäre Menschen, besonderer Hilfe bedürfen, die im oben genannten Aktionsplan festgelegt werden muss.*

6. Wie will Ihre Partei Regenbogenfamilien in Berlin in Verwaltungsverfahren praktisch entlasten, beispielsweise durch einheitliche und deutlich vereinfachte Vorgaben zu den Verfahren der Stiefkindadoptionen in queeren Familien oder eine verpflichtende Qualifizierung der Mitarbeitenden zu den Rechten von queeren Familien in relevanten Behörden wie Elterngeldstellen, Standes- und Jugendämtern?

Gesetzliche Regeln müssen im Sinne der Gleichberechtigung vereinfacht werden, und die unter Punkt 3. verlangten Schulungen sind natürlich bei den genannten, relevanten Behörden besonders wichtig.

7. Wie setzt sich Ihre Partei dafür ein, queere Infrastruktur wie Bars, Cafés, Clubs und weitere Begegnungsorte zu erhalten und strukturelle Unterstützung zuzusichern?

Erhaltung, Schaffung und Förderung besonderer Begegnungsorte muss ein Teil des Aktionsplans und seiner Finanzierung sein.

8. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei zur Verbesserung der Lebenssituation und Sichtbarkeit queerer Senior*innen in Berlin, insbesondere in Pflege, Altenhilfe und Quartiersarbeit?

Auch hierfür ist vor allem die Schulung des Personals wichtig, für die sich der Berliner Senat einsetzen muss. Dazu kommt verstärkte öffentliche Aufklärung. Für beides soll sich die Queerbeauftragte beim Senat einsetzen und regelmäßig über Probleme und erzielte Ergebnisse berichten.

9. Wie wird Ihre Partei die Sichtbarkeit und Repräsentation von LSBTIQ* in Berliner Medien-, Kultur- und Sportförderprogrammen stärken (z. B. durch gezielte Förderlinien oder Beteiligung in Gremien)?

Auch das ist eine Aufgabe der Queerbeauftragten beim Senat und Teil des von und mit ihr zu entwickelnde Aktionsplans.

10. Welche konkreten Schritte plant Ihre Partei, um LSBTIQ*-Geflüchteten in Berlin sicheren Wohnraum, spezialisierte Beratungsangebote und wirksamen Schutz vor Gewalt in Unterkünften zu gewährleisten?

Geflüchtete sind generell Menschen, die besonderer Hilfe bedürfen, welche durch mehr geschultes Personal, insbesondere bei der Zuweisung geeigneten Wohnraums, verbessert werden muss. Die Bedrohung, der LSBTIQ leider nicht selten ausgesetzt sind, und die durchaus bekannt ist, muss hierbei besondere Berücksichtigung finden sowohl bei der Personalauswahl als auch bei der Schulung und der Bereitstellung erforderlicher Mittel.*